Morgen-Ausgabe

Groß-Berlin 30 Pf., auswärts 40 Pf.

„Berliner Tageblatt u. Handels-Zeitung" erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags u. Montags einmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Dienstag „Modenspiegel", jeden Mittwoch „Technischer Rundfunk", jeden Donnerstag „Sportspiegel", jeden Freitag Bilderblatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens u. Finnlands; für alle übr. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzbd. durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. 15 M. einschl. Zustellg., Ausland ausschl. Postaufschlag; f. Berlin u. Vororte monatl. 15 M. b. tägl. zweimal. Zustellg. ins Haus. Unter Kreuzbd. monatl. f. d. Inland 26 M. Ausland 36 M. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hab. unt. Bezieh. kein. Anspr. a. Nachlief. od. Erstatt. d. entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonn. man b. d. Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. d. nebenstehd. aufgeführt. Filialen. (Fernspr.: Zentrum 10181—10144, f. d. Fernverk. 14207—14209.) Tel.-Adr.: „Berlitbla", Berlin. Insertionspreis: Seite 10 M., Stellen-Gesuche und Familien-Anzeigen 5 M. Nachweis nach Übl. Tarif.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Anzeigen- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 110; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 29; Königgrätzer Str. 57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Kleiststr. 23; Kottbuser Damm 104; Hasenheide 54; Kaiserallee 223; Hohenzollernplatz 3; Wilmersdorf, Kaiserallee 241; Steglitz, Schloßstr. 115; Lichterfelde-West: Kaiserstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 99/94; Karl-Friedrich-Str. 247/48; Bankkonto: Barmbalm. Str. 1; Schulstr. 32; Schwangerbank: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Mart.-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 13; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Zehlendorf: Kaiserstr. 13; Treptow: Grätzerstr. 7; Weißensee: Streustr. 126. Für die Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Berlinerstr. 22; Potsdam: Brandenburg. Str. 30; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 4.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 386 • Ausgabe A Nr. 195
Ausgabe für Berlin und Umgegend Nr. 386

Donnerstag, 18. August 1921
50. Jahrgang

Das Unterhaus für Lloyd Georges Politik.

Eine Rede Asquith'.

„Zwei große Garantien".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 17. August.

In der Debatte, die sich an die Rede Lloyd Georges über die auswärtige Politik Englands anschloß, führte Oberst Moore-Brabazon aus, daß man in England endlich aufhören sollte, Deutschland als den Feind anzusehen. Deutschland sei jetzt der „frühere Feind" und müsse seinen Platz als eines der großen Länder in Europa wieder einnehmen. Mit seiner gegenwärtigen Politik stoße England Deutschland wieder zurück in die Arme der imperialistischen Junkerklasse, welche noch existiere, aber sich im Hintergrund halte, um bei Gelegenheit wieder hervorzutreten. Diese Aeußerung ist besonders bemerkenswert, weil Oberst Moore den Koalitionsunionisten angehört.

Asquith erklärt die Rede Lloyd Georges für diejenige Erklärung der Regierung, welche von allen Aeußerungen, die vom Regierungstisch seit dem Waffenstillstand gefallen waren, die zufriedenstellendste sei. Die Hungersnot in Rußland sei eine der schädlichsten Heimsuchungen der Natur, welche keine menschliche Ueberwindungskraft überwinden oder mildern könne. Asquith erklärte dann, er sympathisiere mit den Befürchtungen, welche Frankreich gegenüber Deutschland hege, aber es lägen zwei große Garantien dafür vor, daß **ein aggressives Vorgehen von Seiten Deutschlands ausgeschlossen** sei, nämlich erstens, daß es die dauernden Erinnerungen an die unerhörten, schrecklichen Folgen des Krieges behalte und zweitens die berechtigten Erwartungen, daß eine allgemeine Abrüstung auf Grund gemeinsamer Vereinbarungen der ganzen Welt sich vorbereite. Inbezug auf Griechenland führte Asquith aus, daß er bei aller Sympathie, die er für Griechenland stets gehabt habe, doch den gegenwärtigen Krieg gegen die Türken nicht billigen könne. Die Ueberweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbund begrüßte Asquith auf das allerwärmste. Er bedauerte, daß dies nicht schon früher erfolgt sei. Diese Ueberweisung sei ein Beweis, daß die Mächte von ganzem Herzen den Völkerbund stützen.

Der „Temps" gegen Lloyd George.

Paris, 17. August. (E. E.)

Der „Temps" wendet sich heute gegen die von Lloyd George in der Unterhausrede begründete Anschauung, daß der Völkerbund das Recht hätte, irgendein Tribunal einzusetzen, um die oberschlesische Frage zu entscheiden. Denn dadurch würden die Rechte der alliierten Mächte völlig preisgegeben werden (!). Der „Temps" findet, daß der Oberste Rat dem Völkerbunde eine völlig klare Richtlinie mit auf den Weg gegeben habe, und hegt Zweifel daran, ob der Oberste Rat, wie man es in Frankreich verstanden habe, wolle, daß die oberschlesische Grenze vom Völkerbunde bestimmt werde, oder ob die Grenze durch ein vom Völkerbunde eingesetztes Tribunal gezogen werden solle. Die Ansicht des „Temps" scheint jedoch unrichtig zu sein. Aus der Unterhausrede Lloyd Georges geht deutlich hervor, daß der Oberste Rat beschlossen hat, ein vom Völkerbundsrat eingesetztes Schiedsrichterkollegium oder ein Schiedsrichter habe die Befugnis, die Grenze zu ziehen. Das „Journal des Débats" wendet sich gegen alle Presseäußerungen, die eine falsche Auslegung der Anschauungen Lloyd Georges darstellen. Das Blatt erklärt ausdrücklich, Lloyd George habe mit seinen Anschauungen über die vom Völkerbund einzuschlagende Methode recht. Wenn die Mächte, die unfähig waren, sich über Oberschlesien zu einigen, sich an den Völkerbund wandten, so hatten sie von vornherein die Absicht, dessen Entscheidung anzunehmen. Wäre dem anders, so wäre ein schwerer Konflikt zu befürchten. Man müsse sich der Entscheidung des Völkerbundes von vornherein beugen. Das „Journal des Débats" glaubt, daß sich der Völkerbund von den Ergebnissen der Abstimmung in Oberschlesien leiten lassen werde.

Frankreich und die Finanzministerkonferenz.

Englische Vorwürfe.

Paris, 17. August. (E. E.)

Der „Daily Telegraph" beschäftigt sich mit der Konferenz der Finanzminister in Paris und erklärt, daß es in England und den alliierten Ländern nicht geringe Ueberraschung erregte, daß Frankreich seine Unterschrift unter die Beschlüsse der Finanzministerkonferenz verweigern wolle. Man glaube, daß die französische Regierung allen Anlaß hätte, den getroffenen Abmachungen seine Zustimmung zu geben. Man müsse daran erinnern, daß diese Konferenz auf den dringenden Wunsch der französischen Regierung einberufen worden war. Unter diesen Umständen müsse es Verwunderung erregen, daß die französische Regierung ihren eigenen Finanzminister desavouiere, welcher sogar als Präsident der Konferenz fungierte. Das Blatt erinnert daran, **daß Frankreich tatsächlich 300 Millionen Goldmark für seine Besatzungskosten durch deutsche Naturalleistungen zuviel erhalten hätte, die es nun zurückerstatten müsse,** und daß dieser Mehrbetrag Frankreichs von den übrigen Jahreszahlungen abgezogen und England überweisen werden solle. Wenn sich Frankreich dagegen wende, daß die Saarkohle als deutsche Naturalleistung gebucht werde, so vergesse es, daß durch das Abkommen von Spaa, welches der „Daily Telegraph" als das „neue Evangelium der Sachverständigen" bezeichnet, dies ausdrücklich festgelegt sei. Das Blatt erklärt, die Behauptung Frankreichs sei unrichtig, daß die Saargruben ein Kapital darstellen, welches vorläufig nicht ausgebeutet werden könne. Frankreich exportiere Saarkohle, und sogar in Paris sehe man Kohle mit der Aufschrift „Saarbergwerk". Außerdem habe Frankreich die Bergwerksgenossen erhalten, daß es die deutsche Kohle billiger beziehe, als ursprünglich abgemacht worden war.

Viel verwickelter als diese Frage findet der „Daily Telegraph" die Frage der Berechnung des deutschen Schiffsraumes, welchen man mit 20 Pfund Sterling pro Tonne anrechnen wolle, während England bloß 8 Pfund pro Tonne berechne. England habe das Zugeständnis gemacht, die Differenz zwischen den beiden Preisen in deutschen Schuldverschreibungen der Kategorie C abzutragen, England habe auch ferner das Zugeständnis gemacht, daß die Kriegsschuld Oesterreichs im Betrage von 300 Millionen Pfund Sterling, die Bulgariens mit 80 Millionen Pfund von Deutschland gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages übernommen werde und Italien sein Anteil, welcher 25 Prozent beträgt, in Schuldverschreibungen der Kategorie C zugewiesen werde.

Auf zwei Dinge, die bisher der öffentlichen Beachtung entgingen, und die von der Finanzkonferenz beschlossen worden waren, lenkt der „Daily Telegraph" noch die Aufmerksamkeit: Man beschloß, ein Komitee einzusetzen, das die deutschen Schuldverschreibungen placieren soll; ferner beschloß man die Einsetzung eines zweiten Komitees, in welchem die alliierten Nationalbanken und die deutschen Bankinstitute vertreten sein werden. Dieses Komitee wird die Aufgabe haben, die auswärtigen Devisenoperationen zu überwachen, welche sich einstellen werden, wenn Deutschland neue Reparationszahlungen leisten wird. Diese beiden neuen Komitees werden ausschließlich finanzieller Natur sein. Sie wurden eingesetzt, weil die Reparationskommission hauptsächlich aus Juristen, also nicht Finanzleuten, zusammengesetzt ist. Die Reparationskommission hat die Aufgabe, den Versailler Friedensvertrag zu interpretieren. Im Falle von Konflikten zwischen der Reparationskommission und den neu ernannten Finanzkomitees soll ein Schiedsspruch erfolgen, wobei der Völkerbund Schiedsrichter ernennen muß.

Endlich erklärt der „Daily Telegraph", daß die Konferenz der Finanzminister beschloß, die Reparationskommission aufzufordern, das Abkommen Loucheur-Rathenau zu überprüfen. Die Reparationskommission muß ein Gutachten erstatten, ob diese Abmachungen den Bestimmungen des Versailler Vertrages entsprechen und ob die Interessen anderer Mächte dadurch benachteiligt werden.

De Valera für Irlands Selbstbestimmungsrecht.

(Privatmeldung.)

London, 17. August.

Die erste Sitzung des Dail Eireann war hauptsächlich der Zusammenstellung des Bureaus gewidmet. O'Kelli und Mac Canay wurden zu Vorsitzenden ernannt. De Valera hielt eine längere Rede, in der er ausführte, daß Irland das Selbstbestimmungsrecht für sich beanspruche. Dieses Recht sei nicht nur von Wilson, sondern auch von der britischen Regierung als ein wesentliches Recht anerkannt worden, und wenn es bei anderen kleinen Nationen Europas Gültigkeit habe, solle es auch in Irland angewandt werden. Irland sei nur bereit, auf der Basis der Unabhängigkeit mit irgendwelcher Macht zu unterhandeln. Die britische Verwaltung in Irland sei gesetzwidrig, und das irische Volk solle dieser Verwaltung keine Loyalität erweisen und keinen Gehorsam leisten. Die einzige rechtliche Verwaltung sei die selbstgewählte Volksvertretung der Iren, und nur dieser müßten die Iren Gehorsam leisten.

Die Rede De Baleras ist für die englische Presse eine große Enttäuschung gewesen, denn man war allgemein der Meinung, daß De Valera sich bereit zeigen würde, auf die Forderung einer unabhängigen irischen Republik zu verzichten. Sowohl die Antwort Lloyd Georges wie auch der Brief des Generals Smuts ging von der Voraussetzung aus, daß es zu keiner vollständigen Bruch zwischen England und Irland kommen werde, und daß man in Dublin doch in irgendeiner Weise die englische Oberherrschaft anerkennen würde. De Valera hat nun aber so gesprochen, daß keinerlei Zweifel daran möglich ist, daß er die absolute Unabhängigkeit für sein Land fordert und jede britische Einmischung in das irische Staatswesen als einen Uebergriff betrachtet. Die englische Presse ist daher in großer Verlegenheit; offenbar wurde die Losung ausgegeben, De Baleras Worte nicht allzu ernst zu nehmen, sondern sie dahin zu deuten, daß er sich an seinen eigenen Worten berauschen und sich von ihnen mitreißen lasse. Die Presse gibt heute der Ansicht Ausdruck, daß der Dail Eireann bei der Verhandlung am Donnerstag einen versöhnlicheren Standpunkt einnehmen werde, als dies durch De Valera in seiner Rede geschehen ist.

Die Pazifistentagung in Luxemburg.

Von [Nachdruck verboten.]

Professor **L. Quidde.**

Vom 10. bis 13. August hat in Luxemburg die Generalversammlung des Berner Friedensbureaus, oder genauer: des Internationalen Verbandes der Friedensgesellschaften stattgefunden. Man hat leider, als (erst am 10. Juni!) über die Einberufung der Versammlung Beschluß gefaßt war, den Fehler begangen, ihr den Namen eines „Congrès universel de la Paix" beizulegen und damit die Erwartungen auf die Besucherzahl viel zu hoch gespannt, denn die „Weltfriedenskongresse" hatten in den letzten Jahren vor dem Kriege mit einigen hundert Teilnehmern zu rechnen gehabt. Außerdem waren auch die zwei Monate, die für die Vorbereitung zur Verfügung standen, nicht mit aller Energie ausgenützt worden. Schließlich beeinträchtigten natürlich finanzielle Schwierigkeiten den Besuch aus Deutschland und anderen valutaschwachen Ländern. So begann denn die Tagung mit einer Enttäuschung über einen äußeren Mißerfolg, der sich besser hätte vermeiden lassen. Daß er aber nicht auf die Rechnung des Pazifismus kommt, hat die vor wenigen Wochen vorangegangene eindrucksvolle Frauentagung in Wien gezeigt. Von den Frauen, die diese Tagung organisiert haben, kann das Berner Bureau lernen, wie man solche internationalen Kongresse von langer Hand her vorbereitet, wirksam inszeniert und durch sorgsam gepflegte Verbindungen mit der Presse zu rechter Geltung bringt. Der gleiche Fehler wie diesmal wird gewiß nicht wieder gemacht werden.

Mit dem freimütigen Zugeständnis des für einen internationalen Kongreß enttäuschend schwachen Besuches ist das Unerfreuliche aber abgemacht; denn ein paar Aeußerungen, die als Entgleisungen bezeichnet werden können, zählen wirklich nicht; sie wurden alsbald in irgendeiner Weise ausgeglichen. Die Verhandlungen in den vier Plenarsitzungen standen auf einer bemerkenswert hohen Stufe. Ueberflüssige Reden von Teilnehmern, die nur das Bedürfnis haben, sich hören zu lassen oder persönliche Liebhabereien zur Geltung zu bringen, dieser Schrecken aller Kongresse, besonders jener, die jedem Gesinnungsgenossen offenstehen, fehlten ganz — oder (um ja nicht zu übertreiben) so gut wie ganz. Die anstrengende Vorarbeit, teils im internationalen „Rat" des Verbandes, teils in den sechs Kommissionen (für Aktualitäten, Gesetzgebung und Völkerrecht, Abrüstung, soziale und Wirtschaftsfragen, Erziehung, Propaganda) kam den Plenarverhandlungen zugute. Diese standen unter der ausgezeichneten Leitung Henri La Fontaines, Vizepräsidenten des belgischen Senats.

Aus der großen Fülle der Beschlüsse, die einzuschränken immer angestrebt und nie erreicht wird, hebe ich nur jene hervor, die mir politisch oder sonst besonders bedeutsam scheinen. Drei von ihnen berühren deutsche Interessen am unmittelbarsten. Sie galten der Schuldfrage, den Wiedergutmachungen und Sanktionen und Oberschlesien.

Hans Delbrück hat im „Berliner Tageblatt" vor einiger Zeit auf Beschlüsse des Conseil des Berner Bureaus von Anfang September 1919 zur Schuldfrage Bezug genommen und der Luxemburger Tagung die Aufgabe zugewiesen, die Einseitigkeit jener Beschlüsse zu korrigieren und nach deutschem Beispiel die Oeffnung aller Archive zu fordern. Er hat übersehen, daß der Conseil schon in der gleichen Tagung vom September 1919 außer der von ihm zitierten Resolution (gegen die ich übrigens persönlich gestimmt habe) eine andere einstimmig angenommen hat, die unter ausdrücklicher Berufung auf das deutsche Beispiel die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission für alle Schuldfragen forderte. An diese Resolution hat der Kongreß jetzt wieder erinnert. Unter Hinweis darauf, daß die in den einzelnen Ländern so leidenschaftlich geführten Erörterungen, besonders über die Verantwortung für die Entstehung des Krieges uns niemals an das Ziel der so nötigen Verständigung bringen können (das wurde in den kurzen Bemerkungen, mit denen ich als Berichterstatter die Resolution erläuterte, besonders nachdrücklich betont), wurde vom Kongreß die Einsetzung einer mit höchster Autorität ausgestatteten, vollkommen neutralen Kommission verlangt, der alle Dokumente zur Verfügung zu stellen sind; diese Dokumente sollen zugleich nach deutschem Beispiel veröffentlicht werden.

In der Frage der Reparationen und Sanktionen hat der Kongreß mit Genugtuung von den Erklärungen des Reichskanzlers Kenntnis genommen, die Hoffnung ausgesprochen, daß das deutsche Volk konsequent die gleiche Haltung einnehmen werde, und auf der anderen Seite die sofortige Aufhebung der im Versailler Vertrag nicht vorgesehenen Sanktionen gefordert. Das „immédiatement" des französischen Textes war ein großer Erfolg, da es für die französischen Pazifisten nicht ganz leicht ist, der in ihrem Lande herrschenden, von uns als rechtswidrig abgelehnten Auffassung, die Sanktionen seien nur Schritt für Schritt, je nach Erfüllung der Wiedergutmachungen, aufzuheben, entgegenzutreten. Emile Arnaud hatte auf unsern Wunsch den Text entworfen.

Die in der Frage Oberschlesien gefaßte, vom ehemaligen französischen Abgeordneten Lefaßer vertretene